

Mehr Anreize für Beschäftigung gefordert

von
KARIN ZAUNER

Donnerstag
03. Mai 2018

Zuverdienstmöglichkeiten in der Mindestsicherung sind zu gering. Das mache Arbeit teurer und motiviere Menschen zu wenig, sagen Forscher.



Der Anreiz für Arbeit muss stark genug sein.

Mindestsicherung durch eine aktivierende Beschäftigungspolitik wirkt. Soll heißen, wenn Menschen in Notlage nicht nur Geld bekommen, sondern angeregt werden, dafür auch zu arbeiten, dann sichert dies nicht nur ein existenzsicherndes Einkommen, sondern bringt auch eine umfassende Integration von Menschen ins gesellschaftliche Leben, statt sie auszuschließen. Allerdings muss der Anreiz zur Arbeit stark genug sein. Dies ist eines der Ergebnisse einer neuen Studie des Wirtschaftspolitischen Zentrums an der Uni St. Gallen, das mit international renommierten Forschern Erkenntnisse der modernen Volkswirtschaftslehre zugänglich aufbereitet. Und so hat sich der Finanzwissenschaftler Ronnie Schöb in Zusammenarbeit mit WPZ-Direktor Christian Keuschnigg, der Österreicher leitete früher das Institut für Höhere Studien in Wien, dem Thema Arbeit statt Armut gewidmet und die viel gescholtene Arbeitsmarktreform Hartz IV in Deutschland untersucht. Schöb hat dabei auch Deutschland und Österreich verglichen und festgestellt, dass in Deutschland die Hinzuverdienstmöglichkeiten für das Arbeitslosengeld II, das der österreichischen bedarfsorientierten Mindestsicherung entspricht, großzügiger sind als in Österreich. In Deutschland etwa bekommt ein Ein-

Personen-Haushalt erst bei einem monatlichen Bruttoeinkommen über 1500 Euro und eine vierköpfige Familie erst bei 2700 Euro keinen Anspruch mehr auf ergänzendes Arbeitslosengeld II. In Österreich besteht bereits ab einem monatlichen Einkommen von 505 Euro kein finanzieller Anreiz mehr zur zusätzlichen Erwerbstätigkeit.

WPZ-Chef Keuschnigg sagt, in Deutschland stocke der Staat großzügiger auf, somit könnte Arbeit billiger angeboten werden, die Lohnkosten im Niedriglohnsektor würden entlastet, gleichzeitig seien Arbeitnehmer motiviert, auch für geringere Löhne zu arbeiten. Hinzuverdienstmöglichkeiten öffnen, laut Studie, zudem vielen Langzeitarbeitslosen Möglichkeiten, im Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Dem System Hartz IV in Deutschland wird angelastet, dass es den Niedriglohnsektor vergrößert habe, man assoziiert damit prekäre Arbeitsverhältnisse. Tatsächlich stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland von 14,6 Prozent im Jahr 1994 auf 18,9 Prozent 2016. Natürlich nehme die Zahl zu, aber dies sei ein irreführender Indikator, sagt Keuschnigg. Man müsse sehen, dass Arbeitslose in den Niedriglohnsektor gewandert seien. Dieser Fortschritt bedeute weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigte. Schauen man sich also Arbeitslose plus Niedriglohnempfänger an, sehe man, dass deren Anteil von 2005 bis 2016 um mehr als vier Prozentpunkte auf 22,2 Prozent gesunken sei.

Trotz der guten Nachrichten vom Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit sank im April um 7,1 Prozent so soll es das ganze Jahr weitergehen, gibt es ein Streitthema. Und das heißt Eingliederungshilfe. Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer sind sich uneins über diese Förderung für Unternehmen, die Arbeitslose einstellen. Eingliederungsbeihilfen durch das AMS für Ältere seien "goldrichtig", meint WKO-Arbeitsmarktexperte Martin Gleitsmann. "Es ist sehr positiv, dass auch künftig 60 Prozent der für Ältere und arbeitsmarktfremde Personen gewidmeten AMS-Mittel für Eingliederungsbeihilfen und Kombilöhne reserviert sind." Die neue Präsidentin der Arbeiterkammer, Renate Anderl, kontert: "Da fließen Förderungen auch an Arbeitgeber für die Aufnahme neuer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sie sowieso einstellen würden."

In diese Debatte passen auch Ergebnisse einer Studie des Wirtschaftspolitischen Zentrums an der Universität St. Gallen zum Thema Arbeit statt Armut. Sie besagt unter anderem, dass die aktivierende Politik des Förderns und Forderns von Menschen gegen Arbeitslosigkeit wirke. Dazu gehöre auch, dass

Unternehmen etwa durch Senkung der Lohnkosten motiviert werden, Personen aufzunehmen, deren Produktivität nicht so hoch ist.